

Was gab's in der Gemeinderatssitzung?

Da sich die Gemeindeverwaltung außer Stande sieht, die Bürger in der folgenden Art und Weise zu unterrichten (siehe Tagesordnungspunkt 1), werden wir versuchen, es auf diese Weise zu tun. Wir wollen hiermit einen Beitrag leisten, für die „Transparenz in der Ortspolitik“, die im Vorfeld der letztjährigen Kommunalwahl von allen Gruppierungen zugesagt worden ist.

Was spricht dagegen, die Bürger zu informieren? - - Wir sind der Meinung: Nichts!

Versuche, der Wählergruppe Jung, schon vorher Gemeinderatssitzungen durchzuführen (unser Vorschlag vom 27. Januar und unser Antrag vom 23. März), blieben erfolglos.

Somit fand die **1. Gemeinderatssitzung für dieses Jahr** in Gemünden erst am 21. April 2010 ab 19.30 Uhr im Gemeindehaus statt.

Erschienen waren der Gemeinderat, der Ortsbürgermeister und der Bürgermeister der Verbandsgemeinde. Ebenso von der Verbandsgemeindeverwaltung Frau Bonn, als Fachkraft in Sachen Gemeindehaushalt, sowie ihr Kollege Jürgen Franz als zuständige Kraft für die Niederschrift.

Punkt 1: Bürgerfragestunde:

Hier fragte Herr Dieter Buch, ob es nicht möglich wäre, ähnlich wie in Mengerschied, das Protokoll der öffentlichen Sitzung ins Internet zu stellen, damit auch interessierte Bürger nachlesen könnten, was der Gemeinderat beschließt.

Die Antwort des Ortsbürgermeisters: Das ist eine gute Idee, aber wir haben niemanden, der die Sache einpflegt. Auch Bürgermeister Rosenbaum konnte hier nicht weiterhelfen.

Es fragte Frau Heidi English, ob es nicht möglich wäre, die Bürger frühzeitiger über die Abhaltung der Bürgerfragestunde zu informieren. Jeder hätte eine Menge privater Termine wahrzunehmen und da die Gemeinderatssitzungen unregelmäßig stattfänden und zudem zu sich ändernden Tagen, wie jetzt ein Mittwoch, wäre es mitunter schwierig, eine solche Gelegenheit wahrzunehmen.

Die Antwort des Ortsbürgermeisters: Er bietet jede Woche an zwei Tagen, montags und donnerstags, Sprechstunden an. Diese würden in der Regel nur sehr schwach angenommen. Hier hätte jeder die Gelegenheit, Fragen an ihn heranzutragen.

Es fragte Herr Ulrich Sohns, ob es nicht möglich wäre, die Lärmbelästigung der L 162 zu verringern.

Die Antwort des Ortsbürgermeisters: Für die L 162 ist der Landesbetrieb Mobilität zuständig (*Anm.: früher: Straßenbauamt*). Die Gemeinde hätte in der Vergangenheit Geschwindigkeitsmessungen durchführen lassen, das Grundstück stünde ihr hierzu nicht mehr zur Verfügung.

Ratmitglied Robert Jung warf ein, dass es sich hier um sein Grundstück gehandelt habe und er dies nicht mehr dulde, da er in der Vergangenheit deshalb mehrfach von erbosten Autofahrern

angegriffen und in einem Fall bedroht worden sei. Er halte diese Geschwindigkeitsmessung nicht für eine geeignete Maßnahme, sonst hätte sich in all den Jahren das Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmer geändert.

Ortbürgermeister Kaiser erwiderte, dass beispielsweise der Einsatz einer Messtafel, ähnlich wie in Mengerschied, problematisch sei, da es in der Verbandsgemeinde nur ein solches Gerät gäbe, welches reihum weitergegeben würde. Die Anschaffung eines eigenen Gerätes bezifferte er mit ca. 2000,- €.

(Anm.: Am 26. April wurde eine solche Tafel an der vorletzten Laterne, welche in Richtung Mengerschied steht, montiert und am 03. Mai wieder abgenommen).

Punkt 2: Annahme der Niederschrift der letzten Sitzung:

Die Niederschrift zur letzten öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Gemünden, vom 07. Dezember 2009, wurde einstimmig angenommen.

Punkt 3: Beratung und Beschlussfassung Haushaltsplan 2010 mit Anlagen:

Ortsbürgermeister Kaiser wies darauf hin, dass die Pläne den Ratsmitgliedern zugestellt worden wären. Frau Bonn von der Verbandsgemeindeverwaltung Kirchberg als auch Bürgermeister Rosenbaum machten zusammenfassende Aussagen zum Haushaltsplan für Gemünden bzw. zum Haushalt der Verbandsgemeinde bzw. des Landkreises.

Die bisherige Haushaltslage Gemündens bezeichnete er als „gut“ bis „sehr gut“.

Mittlerweile gäbe es, wie überall, Schwierigkeiten.

Insbesondere wies Bürgermeister Rosenbaum darauf hin, dass entgegen einer Bemerkung von Ortsbürgermeister Kaiser, der Kindergarten nicht geschlossen werden könne.

Auch wolle wohl niemand auf den Weihnachtsmarkt verzichten.

Ratsmitglied Robert Jung wies darauf hin, dass Frau Bonn sehr gut und ausführlich den Plan in der Hauptausschuss-Sitzung erläutert habe. Er wies auch darauf hin, dass die Wählergruppe Jung bei dieser Beratung vollständig anwesend war, was bei den anderen Fraktionen nicht so gewesen sei. Er vertrat die Ansicht, dass bei einer solchen Erläuterung alle Ratsmitglieder und alle Ausschuss-Mitglieder, die nicht dem Gemeinderat angehören, anwesend sein sollen. Schließlich würden hier die Mittel beraten, die zur Umsetzung der Beschlüsse notwendig seien.

Er griff den Gedanken von Bürgermeister Rosenbaum auf und verwies darauf, dass beispielsweise der 1. Gemündener Weihnachtsmarkt sehr wohl von privater Seite (Verkehrsverein) und nicht von der Ortsgemeinde durchgeführt worden wäre.

Er wies auf Möglichkeiten von privatem Einsatz hin.

Der 1. Beigeordnete Bajohr entgegnete scharf, dass es nicht möglich sei, die Aufwandsentschädigung für den Ortsbürgermeister zu streichen. Auch die Gemeindearbeiter könnten nicht entlassen werden. Das wäre nicht möglich, im Übrigen lasse der Haushalt keinen Spielraum zu.

Er habe die Ansicht, dass es Herrn Jung wohl in erster Linie darauf ankäme, jeden einzelnen Punkt haarklein zu beraten. Ratsmitglied Jung entgegnete, dass dies keineswegs der Fall sei. Es gäbe aber Ansätze, die doch zu beraten wären. So wäre man beispielsweise bereit, 1700,- €

für Werkzeug und Streusalz auszugeben. Es wäre aber nicht ersichtlich ob man nun viel Werkzeug oder wenig Streusalz, oder umgekehrt anschaffen wolle. Gleichzeitig wäre man bereit insg. 4000,- € für Theateraufführungen und Konzerte auszugeben.

Ortsbürgermeister Kaiser erklärte, dass es sich hier lediglich um Ansätze handeln würde. Ob das Geld tatsächlich hierfür aufgewendet wird, stehe noch keinesfalls fest.

Bürgermeister Rosenbaum erläuterte, dass im neuen Haushalt („Doppik“) bei Bedarf notwendige Summen innerhalb des Haushaltes verschoben werden könnten, jeweils dorthin, wo sie auch gebraucht würden.

Ratsmitglied Ketzler gab zu bedenken, dass im Haushalt ein Beratervertrag im Rahmen der Fortschreibung zum Dorferneuerungskonzept angeführt wäre und griff damit einen Vorschlag der Wählergruppe Jung auf. Dieser Beratervertrag wäre den Bürgern nicht bekannt.

Ortsbürgermeister Kaiser erläuterte, dass dies bei der Präsentation des Dorf-Erneuerungskonzepts der Öffentlichkeit vorgestellt worden wäre. Die Betroffenen hätten kein Interesse signalisiert.

(Anm.: Am 28.04. wurde eine entsprechende Information durch die Ortsgemeinde im Mitteilungsblatt veröffentlicht.)

Ratsmitglied Ketzler machte den Vorschlag, die Einnahmenseite durch Erhöhung der Hundesteuer zu verbessern. Es würde damit auch der übermäßigen Verschmutzung in der Gemeinde durch Hundekot vorgebeugt.

Aus den Reihen der Fraktion CDU kam weiterhin der Vorschlag, Spenderboxen anzuschaffen, aus welchen die Hundehalter Tüten für die Exkremate ihrer Tier entnehmen könnten.

Beide Vorschläge konnten sich in der anschließenden Diskussion nicht durchsetzen.

Der Haushaltsplan 2010 wurde schließlich einstimmig angenommen.

Punkt 4: Änderung der Hauptsatzung:

Ortsbürgermeister Kaiser erläuterte, dass die Hauptsatzung geändert werden müsse, wenn, wie beschlossen, der Seniorenbeauftragte Stolz einen monatlichen Pauschbetrag von 25,- € erhalten solle. Kosten für Porto etc. würden zusätzlich auf Nachweis erstattet.

Dieser Änderung wurde einstimmig zugestimmt.

Punkt 5: Beschluss über die Höhe des Stundungszinssatzes

Ortsbürgermeister Kaiser erläuterte, dass es Stundungsanträge von Anliegern gegeben habe, welche Anliegerkosten zum Ausbau der Hauptstraße zu zahlen hätten.

Der Gemeinderat habe den Stundungsanträgen zugestimmt.

Es müsste aber noch über die Höhe des Stundungszinssatzes beschlossen werden.

Hierzu gab es unterschiedliche Standpunkte die diskutiert wurden.

Seitens der Fraktion der SPD und der Wählergruppe Jung war man der Ansicht, sich am niedrigst möglichen Satz zu orientieren.

Gründe: Die Betroffenen seien ohnehin schon in finanzieller Notlage und sollten nicht noch weiter finanziell belastet werden.

Demgegenüber argumentierten Freie Wählergruppe und Fraktion CDU, sich am Höchstsatz zu orientieren. Insbesondere Ratsmitglied Ketzler vermutete, dass ansonsten Spekulationen mit „billigem Geld“ stattfinden könnten.

Abstimmungsergebnis: 9 ja / 2 Enth. / 6 nein Ergebnis: Verzinsung zum Höchstsatz.

Punkt 6: Antrag vom TUS Koppenstein Gemünden e.V.

Bürgermeister Kaiser verlas den Antrag des TuS Koppenstein auf Ermäßigung der Saalmiete für seine Jubiläumsveranstaltung.

Alle Fraktionen sprachen sich gegen diesen Antrag aus.

Der 1. Beigeordneter Bajohr verwies auf die Saalmieten der anderen Vereine. Hier hätte es keine Nachlässe gegeben.

Ratsmitglied Ketzler verwies auf die Veranstaltungen des Karnevalvereins, auch hier hätte es keine Nachlässe gegeben.

Ratmitglied Robert Jung verwies auf die hohen Kosten des Gemeindehauses. Entgegen den vorherigen Ausführungen von Ratsmitglied Ketzler seien die Gelder, welche die Gemeinde übers Jahr zuschießen müsse zu hoch, um Nachlässe einzuräumen. Eine Gleichbehandlung für alle Nutzer wäre notwendig.

Der Antrag des TuS Koppenstein wurde einstimmig abgelehnt.

Punkt 7: Annahme von Spenden:

Bürgermeister Kaiser verlas, dass der Verein „Attrappe Geminne“ eine Geldspende als Zuschuss für die Herstellung einer Wegebeleuchtung zur Grillhütte an die Gemeinde geben wolle.

Dieser Spende stimmte der Gemeinderat einstimmig zu.

Ortsbürgermeister Kaiser verlas, dass die Firma Scherer-Reisen einen Geldbetrag in Höhe von 100,00 € für den Weihnachtsmarkt spenden wolle.

Dieser Spende stimmte der Gemeinderat einstimmig zu.

Ortsbürgermeister Kaiser sicherte zu, dass der Steg bzw. das Gelände über den Lametbach demnächst verkehrssicher ausgeführt würde. Er griff damit einen Hinweis der Wählergruppe Jung auf.

Des Weiteren unterrichtete der Ortsbürgermeister darüber, dass noch Gelder für „Kunst am Bau“ am Gemeindehaus zu verbauen wären.

Es lägen Vorschläge vor: Windfanganlage mit künstlerisch gestaltetem Glas (*Vorschlag: Freie Wählergruppe*), bzw. Wiederherstellung des Brunnen (*Wählergruppe Jung*).

Punkt 8: Unterrichtung / Verschiedenes

Ortsbürgermeister Kaiser verlas den Bericht der überörtlichen Rechnungsprüfung. Demnach habe die Überprüfung des Gemeindehaushaltes des Jahres 2008 (?) zu keinen Beanstandungen geführt.

Es fragte der 3. Beigeordnete Jonda, wann der Waldlehrpfad wieder begehbar wäre. Der jüngste Windwurf hätte insbesondere den Bereich oberhalb des Sportplatzes unpassierbar gemacht.

Ortsbürgermeister Kaiser antwortete, dass dieser Waldabschnitt Herrn von Salis gehöre. Hier hätte es großen Schaden gegeben. Die Forstleute kämen durch den starken Windwurf im Moment nicht nach. Die Bäume würden an den Wurzeln belassen, da sie in diesem Zustand länger gelagert werden könnten. Er rechnet damit, dass es mindestens ein Jahr dauern würde, bis der Weg wieder frei wäre.

(Anm.: Am darauffolgenden Tag, dem 22. April war der genannte Weg von Bäumen freigeräumt.)

Ratsmitglied Robert Jung fragte nach, wie mit den Bäumen in der Raiffeisenstraße verfahren würde. Beim letzten Windwurf habe ein umgestürzter Baum eine Gefährdung dargestellt, eine solche sei von den übrigen Bäumen nicht auszuschließen.

Ortsbürgermeister Kaiser bestätigte dieses und erklärte, dass unser Förster, Herr Beck, zusammen mit ihm die Meinung vertrete, dass aus Gründen der Verkehrssicherheit die Bäume zu fällen sind. Dies solle im Herbst oder ggf. bei Gefahr im Verzug erfolgen. Es würden ggf. neue Bäume gepflanzt.

Ratsmitglied Pleitz bestätigte die Auffassung und erläuterte am eigenen Beispiel die Gefährlichkeit der Situation.

Anmerkung vom 09.07.2010:

Im Anschluss standen irrtümlicherweise Informationen aus der „nichtöffentlichen“ Sitzung. Das hat selbstverständlich hier nichts zu suchen. Auch wir sind vor Fehlern nicht gefeit. Die offensichtliche Brisanz dieser Zeilen gebot, dass wir sie auf „amtliches Geheiß“ schwärzen mussten. Andererseits zeigt dieser Wirbel hierum, dass unsere Informationen hier nicht nur von den „Bürgern für Gemünden“ gelesen werden. Vielen Dank für die Mitarbeit von immer mehr Bürgern in Gemünden und für die Klarstellung an dieser Stelle.

Ratsmitglied Jung sprach die Problematik im Brandschutz in Gemünden an. Wehrführer Hammen habe ihn beauftragt, eine entsprechende Ausarbeitung anzufertigen und war damit

einverstanden, dass er das Thema im Gemeinderat vorträgt. Es geht hier um Streichungen, von welchen der Feuerwehr-Stützpunkt Gemünden und damit auch die Bürger, betroffen wäre. Bevor er diese Stellungnahme dem Bürgermeister der Verbandsgemeinde übergab, verlas er den letzten Satz, in welchem er formuliert, dass die Entscheidung zum Brandschutz letztlich allein beim Träger liegen würde.

Bürgermeister Rosenbaum sicherte zu, dass es im Bereich der Stützpunktwehren zu keinen Einsparungen kommen würde.

Ortsbürgermeister Kaiser gab folgende Termine bekannt:

08.05. Ortsbegehung in Gemünden

10.05. Gründungsversammlung eines Fördervereins „Pützbacher Kopf“

15.05. Konzert des Musikverein Reckershausen im Gemeindehaus

06.06. Auftaktveranstaltung „Senioren für Senioren“ im Gemeindehaus

Ortsbürgermeister Kaiser beendete, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, die öffentliche Sitzung gegen Uhr.

Zur weiteren Information:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan der Ortsgemeinde Gemünden für das Jahr 2010 umfassen 202 DIN A4 Seiten.

Um eine kurze Übersicht zu gewähren, geben wir folgende Eckpunkte zum Haushaltsplan 2010 an (in Auswahl):

Die Erträge sind angegeben mit:	1.346.300,00 €
Die Aufwendungen haben folgende Höhe:	1.497.600,00 €
Somit ergibt sich ein Minus von:	151.300,00 €

Dieser Fehlbetrag ist überwiegend auf die Netto-Abschreibungsbeträge zurückzuführen. Diese bilanziellen Abschreibungen belaufen sich auf 209.650,00 €.

Es gab aber auch weniger Einnahmen und zwar bei der Einkommensteuer, den Schlüsselzuweisungen und bei der Gewerbesteuer.

Von den Einnahmen fließen rd. 81 % als Umlage an die Verbandsgemeinde bzw. an den Landkreis.

Von den verbleibenden Geldern zuzüglich dem Minusbetrag (wird dem „Sparbuch“ entnommen) bestreitet die Ortsgemeinde ihre Ausgaben.

Das sind im Wesentlichen:

Verwaltung/Bürgermeister	30.900,00 €
Der Bauhof	81.700,00 €
Der Kindergarten	39.650,00 €
Für Gemeindestraßen	70.050,00 €
Der Friedhof	21.550,00 €
Das Gemeindehaus	26.100,00 €
Die Grillhütte	7.550,00 €

